Kantonaler Richtplan: Gesamtüberprüfung

Botschaft und Entwurf des Regierungsrates
an den Kantonsrat von Solothurn
vom 11. Dezember 2012, RRB Nr. 2012/2448

Zuständiges Departement

Bau- und Justizdepartement

Vorberatende Kommission

Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission

Inhaltsverzeichnis

Kurzfassung	3
1. Ausgangslage	5
2. Rechtsgrundlagen und Verfahren	6
2.1 Bund.....	6
2.2 Kanton Solothurn	6
2.2.1 Erarbeitung des Richtplans	6
2.2.2 Einbezug des Kantonsrates	6
2.2.3 Einbezug der Gemeinden und Regionen sowie der Bevölkerung	7
2.2.4 Umsetzung und Wirkung	7
3. Verhältnis zur mittel- und langfristigen Planung.....	7
4. Richtplanentwurf	7
4.1 Aufbau und Gliederung	7
4.2 Inhalt.....	8
4.3 Strategie der Raumentwicklung: Raumkonzept Kanton Solothurn	9
4.4 Vergleich zum aktuellen Richtplan.....	9
5. Auswirkungen	10
5.1 Nachhaltigkeit.....	10
5.2 Personelle und finanzielle Konsequenzen.....	10
5.3 Folgen für die Gemeinden	10
5.4 Auswirkungen auf die Beziehungen zum Bund und zu den Nachbarkantonen	10
5.5 Wirtschaftlichkeit.....	11
6. Antrag.....	11
7. Beschlussesentwurf	13

Beilagen

- 1) Entwurf des kantonalen Richtplans (Stand November 2012) (= nicht elektr. vorhanden)
- 2) Entwurf Richtplan-Karte - November 2012 (= nicht elektr. vorhanden)
- 3) Verfahrensablauf
- 4) Synoptische Darstellung der Richtplankapitel (alt – neu)

Kurzfassung

Der Regierungsrat genehmigte am 15. März 1999 den aktuellen Richtplan 2000. In den folgenden Jahren hat der Regierungsrat mit verschiedenen Anpassungen dafür gesorgt, dass der Richtplan seine Funktion als Führungsinstrument für die räumliche Entwicklung entfalten kann.

Der kantonale Richtplan enthält verbindliche Festlegungen für die Behörden aller Stufen. Er ist weder parzellenscharf noch grundeigentümergebunden. Die für Grundeigentümer verbindlichen Umsetzungen erfolgen mit den dafür vorgesehenen raumplanerischen Instrumenten von Bund, Kanton und Gemeinden, insbesondere mit der Nutzungsplanung auf kommunaler Ebene.

Die Steuerung des Siedlungswachstums stellt die zentrale Herausforderung der Raumplanung dar. Dabei geht es um eine Verdichtung nach innen und die Begrenzung des Flächenverbrauchs. Mit Revisionen des Raumplanungsgesetzes sollen auf Bundesebene die Voraussetzungen dazu geschaffen werden. Mit der Gesamtrevision des kantonalen Richtplanes soll vorausschauend und pragmatisch darauf reagiert werden. Als Strategie der räumlichen Entwicklung wurde das Raumkonzept Kanton Solothurn erarbeitet. Es ist Teil des neuen kantonalen Richtplans.

Das Raumkonzept hilft mit, die Vorgaben des Bundes zum haushälterischen Umgang mit dem Boden, zur geordneten Besiedlung und zum Schutz der Umwelt umzusetzen und löst das Strukturkonzept '94 aus dem kantonalen Richtplan 2000 ab. Es bildet die Grundzüge der räumlichen Entwicklung des Kantons ab und wird in den neuen Richtplan integriert. Der Regierungsrat nahm das Raumkonzept Kanton Solothurn am 3. Juli 2012 zur Kenntnis (RRB Nr. 2012/1522). Er hat die Leitsätze, Grundsätze und Handlungsstrategien als Grundlage für die Gesamtüberprüfung des Richtplans festgelegt.

Das Verfahren für die Erarbeitung des Richtplans ist in § 64 des Planungs- und Baugesetzes (PBG; BGS 711.1) festgelegt. Der Richtplan ist regelmässig zu überprüfen und nötigenfalls neuen Aufgaben und besseren Lösungen anzupassen. Er ist in der Regel alle zehn Jahre gesamthaft zu überprüfen und nötigenfalls zu überarbeiten (§ 67 PBG).

In der Gesamtüberprüfung wurden die bewährten Inhalte übernommen, einzelne Kapitel überarbeitet und neue Sachthemen aufgenommen. Insbesondere wurden die Grundsätze für die zukünftige Siedlungsentwicklung festgelegt.

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen nachfolgend Botschaft und Entwurf über den kantonalen Richtplan: Gesamtüberprüfung (Entwurf vom November 2012).

1. Ausgangslage

Der Regierungsrat beschloss am 15. März 1999 den aktuellen Richtplan 2000. In den folgenden Jahren hat der Regierungsrat mit verschiedenen Anpassungen dafür gesorgt, dass der Richtplan seine Funktion als Führungsinstrument für die räumliche Entwicklung entfalten kann.

Der Richtplan legt fest, dass der Regierungsrat dem Kantonsrat einmal pro Legislatur Bericht über den Stand der kantonalen Richtplanung erstattet. Der Regierungsrat hat am 30. August 2004 Botschaft und Entwurf zu einem ersten Bericht „Controllingbericht 2004 über den Stand der kantonalen Richtplanung (Richtplancontrolling)“ beschlossen (RRB Nr. 2004/1790). Am 3. November 2004 hat der Kantonsrat vom „Controllingbericht 2004“ Kenntnis genommen (KRB Nr. SGB 145/2004). Am 20. Oktober 2008 beschloss der Regierungsrat Botschaft und Entwurf zum zweiten Bericht „Richtplancontrolling Kanton Solothurn: Ziel- und Vollzugscontrolling 2008“ (RRB Nr. 2008/1852). Der Kantonsrat nahm am 20. Januar 2009 Kenntnis vom „Controllingbericht 2008“ und beauftragte den Regierungsrat, das Strukturkonzept `94 zu überarbeiten, den Richtplan im Jahr 2010 gesamthaft zu überprüfen und Kriterien zu entwickeln, welche die Grösse der Bauzonen der Gemeinden besser auf die erwünschte Besiedlung ausrichten (KRB Nr. SGB 158/2008).

Bund, Kantone, Städte und Gemeinden haben in einem bisher einzigartigen Rahmen das Raumkonzept Schweiz erarbeitet, um die Raumentwicklung besser zu koordinieren. Alle Akteure in der Raumentwicklung, von der Gemeinde- über die Kantons- bis zur Bundesebene sollen in Zukunft an einem Strick ziehen. Das Raumkonzept unterstreicht deshalb die hohe Bedeutung einer stärkeren Zusammenarbeit der drei Staatsebenen in der Raumplanung. Drei gesamtschweizerische Strategien zeigen auf, wie man die Zusammenarbeit verbessern, Siedlungen und Landschaften aufwerten und Raumentwicklung, Verkehr und Energie aufeinander abstimmen soll.

Die Raumplanung steht vor grossen Herausforderungen. Weil heute viele Menschen täglich zwischen Wohnen, Arbeiten, Freizeit und Einkaufen pendeln und dabei Gemeinde-, Kantons- oder sogar Landesgrenzen überschreiten, ist ein Planen und Handeln in überörtlichen Handlungsräumen notwendig.

Die Zersiedelung der Schweiz beschäftigt die Menschen. Die Siedlungsfläche dehnt sich durch das Bevölkerungswachstum und den steigenden Wohnflächenbedarf stetig aus. Das Schweizer Mittelland wächst zusehends zu einer durchgehenden Agglomeration zusammen. Die Steuerung des Siedlungswachstums stellt die zentrale Herausforderung der Raumplanung dar. Dabei geht es um eine Verdichtung nach innen und die Begrenzung des Flächenverbrauchs. Mit Revisionen des Raumplanungsgesetzes sollen die Voraussetzungen dazu geschaffen werden. Mit der Gesamtrevision des kantonalen Richtplanes soll vorausschauend und pragmatisch darauf reagiert werden.

2. Rechtsgrundlagen und Verfahren

2.1 Bund

Nach Artikel 75 der Bundesverfassung (BV; SR 101) legt der Bund die Grundsätze der Raumplanung fest. Die Raumplanung obliegt den Kantonen. Sie dient der zweckmässigen und haushälterischen Nutzung des Bodens und der geordneten Besiedlung des Landes.

Bund, Kantone und Gemeinden erarbeiten die für ihre raumwirksamen Aufgaben nötigen Planungen und stimmen sie aufeinander ab (Art. 2 Abs. 1 Bundesgesetz über die Raumplanung, RPG; SR 700).

Die Richtpläne der Kantone sind Gegenstand von Artikel 6 bis 12 des RPG. Mit den Richtplänen bestimmen die Kantone in den Grundzügen, wie sich ihr Gebiet entwickeln soll (Art. 6 Abs. 1 RPG). Die Richtpläne sind für die Behörden verbindlich (Art. 9 Abs. 1 RPG).

Richtpläne werden überprüft und nötigenfalls angepasst, wenn sich die Verhältnisse geändert haben, sich neue Aufgaben stellen oder eine gesamthaft bessere Lösung möglich ist (Art. 9 Abs. 2 RPG). Sie werden in der Regel alle zehn Jahre gesamthaft überprüft und nötigenfalls überarbeitet (Art. 9 Abs. 3 RPG).

Inhalt, Gliederung und Form der Richtpläne werden in Artikel 6 und Artikel 7 der Raumplanungsverordnung (RPV; SR 700.1) festgelegt.

2.2 Kanton Solothurn

2.2.1 Erarbeitung des Richtplans

Das Verfahren für die Erarbeitung des Richtplans ist in § 64 des Planungs- und Baugesetzes (PBG; BGS 711.1) festgelegt. Der kantonale Richtplan legt nach den Vorschriften des Bundesrechtes und gestützt auf die Grundlagen der Regionalplanung die künftige Besiedlung und Nutzung des Kantons in den Grundzügen fest. Im Besonderen soll er Aufschluss über den Stand und die anzustrebende Entwicklung der Besiedlung vermitteln sowie das Siedlungsgebiet und das nicht zu besiedelnde Gebiet ausscheiden (§ 58 Abs. 1 PBG).

Der Richtplan informiert die Öffentlichkeit über die Grundzüge der Raumplanung und steht jederzeit zur Einsicht offen. Er dient der Koordination aller mit Aufgaben der Raumplanung betrauten Behörden und privaten Organisationen (§ 66 PBG).

Der Richtplan ist regelmässig zu überprüfen und nötigenfalls neuen Aufgaben und besseren Lösungen anzupassen. Er ist in der Regel alle zehn Jahre gesamthaft zu überprüfen und nötigenfalls zu überarbeiten (§ 67 PBG). Die einzelnen Verfahrensschritte zur Gesamtüberprüfung des Richtplans sind im Verfahrensablauf im Anhang aufgelistet.

2.2.2 Einbezug des Kantonsrates

Das Bau- und Justizdepartement erstellt gestützt auf kantonale und regionale Grundlagen und Sachplanungen des Bundes und nach den vom Regierungsrat festzulegenden Grundsätzen und den Vorschriften des Bundesrechtes den kantonalen Richtplan. Der Regierungsrat unterbreitet den Entwurf des Richtplanes dem Kantonsrat zur Kenntnisnahme (§ 64 Abs. 1 PBG).

2.2.3 Einbezug der Gemeinden und Regionen sowie der Bevölkerung

Die Einwohnergemeinden und Regionalplanungsorganisationen sind nach § 64 Abs. 2 PBG anzuhören. Gestützt auf die Beratungen im Kantonsrat und nach Anhören der interessierten Einwohnergemeinden und Regionalplanungsorganisationen ist der Entwurf des Richtplans zu überarbeiten und während 30 Tagen öffentlich aufzulegen. Zum Entwurf kann sich während der Auflagefrist jedermann äussern. Es ist geplant, öffentliche Informationsveranstaltungen durchzuführen. Die Unterlagen werden auch auf dem Internet aufgeschaltet. Das Bau- und Justizdepartement hat zu den Einwendungen Stellung zu nehmen (§ 64 Abs. 2 PBG). Die Einwohnergemeinden und Regionalplanungsorganisationen, die Einwendungen erhoben haben, können gegen einen ablehnenden Entscheid innert 10 Tagen beim Regierungsrat Beschwerde führen (§ 64 Abs. 3 PBG).

Der Regierungsrat beschliesst den Richtplan und entscheidet gleichzeitig über die Beschwerden. Gegen den Beschluss des Regierungsrates können die abgewiesenen Einwohnergemeinden und Regionalplanungsorganisationen innert 30 Tagen beim Kantonsrat Beschwerde führen (§ 65 PBG).

2.2.4 Umsetzung und Wirkung

Der kantonale Richtplan enthält verbindliche Festlegungen für die Behörden aller Stufen. Er ist weder parzellenscharf noch grundeigentümerverbindlich. Die für Grundeigentümer verbindlichen Umsetzungen erfolgen mit den dafür vorgesehenen raumplanerischen Instrumenten von Bund, Kanton und Gemeinden, insbesondere mit der Nutzungsplanung auf kommunaler Ebene.

3. Verhältnis zur mittel- und langfristigen Planung

Im Legislaturplan 2009 – 2013 besteht ein vielfältiger Bezug zur Gesamtüberprüfung des kantonalen Richtplans. Dies gilt insbesondere für die Kapitel C.1.5 Wirtschafts- und Arbeitsort stärken, C.1.6 Bedarfs- und zukunftsgerichtete Verkehrsinfrastruktur erhalten bzw. aufbauen, C.2.1 Attraktive Raumentwicklung nachhaltig gewährleisten, C.2.2 Energie: effizienter Einsatz fördern, C.2.3 Gefahrenpotenziale vermindern und C.3.3 Bedarfsgerechte Spitalversorgung sicherstellen.

Auch zum integrierten Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) besteht ein enger Bezug, da die Planungsaufträge und Vorhaben mit den Jahresplänen umgesetzt werden.

4. Richtplanentwurf

4.1 Aufbau und Gliederung

Der kantonale Richtplan besteht aus folgenden Unterlagen:

- Richtplan-Gesamtkarte (im Massstab 1:50'000)
- Richtplantext (mit Übersichts- bzw. Detailkarten).

Der Richtplantext gliedert sich in drei Hauptteile:

A: Aufgaben

B: Strategie der Raumentwicklung

C: Sachbereiche

Teil A und Teil B umfassen den strategischen Teil, Teil C den operativen Teil.

Teil A enthält allgemeine Ausführungen zum Richtplan, seine Aufgaben, die Inhalte und die Verbindlichkeit sowie die Raumbewertung und das Richtplancontrolling.

Teil B zeigt die Strategie der räumlichen Entwicklung auf. Einleitend werden die Trends und Herausforderungen beschrieben, welche sich auf die Raumplanung auswirken. Anschliessend werden die nationalen und kantonalen Grundlagen behandelt, welche die raumwirksamen Tätigkeiten umfassen. Zentraler Teil ist das Raumkonzept Kanton Solothurn. Den Abschluss bilden die drei funktionalen Handlungsräume urbaner Raum, agglomerationsgeprägter Raum und ländlicher Raum.

Teil C besteht aus den vier Sachbereichen:

S: Siedlung

L: Landschaft

V: Verkehr

E: Versorgung und Entsorgung.

Für jeden dieser vier Sachbereiche werden aus dem Raumkonzept Handlungsstrategien vorgestellt.

Die Sachbereiche Siedlung, Landschaft, Verkehr sowie Ver- und Entsorgung sind themenbezogen weiter unterteilt. Dabei sind alle Kapitel gleich aufgebaut:

- A. Ausgangslage (Problemstellung, Handlungsbedarf und gesetzliche Vorgaben)
- B. Ziele
- C. Grundlagen (die wichtigsten gesetzlichen Grundlagen sowie Konzepte, Inventare usw.)
- D. Darstellung (hier wird aufgezeigt, wie das Thema im Richtplan dargestellt wird).

Beschlüsse: Die Beschlüsse umfassen die Planungsgrundsätze, welche aus den Zielen abgeleitet sind, die Planungsaufträge (wer, was, warum, bis wann) sowie die räumlichen Festlegungen nach den Abstimmungskategorien der RPV (Festsetzung, Zwischenergebnis, Vororientierung).

4.2 Inhalt

Der Richtplan ist thematisch breit angelegt. Ob ein Vorhaben im Richtplan festgelegt wird, orientiert sich an den Auswirkungen des Vorhabens auf Raum und Umwelt sowie am notwendigen Abstimmungsbedarf.

Ein Vorhaben wird in den Richtplan aufgenommen, wenn eines der folgenden Kriterien zutrifft:

- Räumlich: Das Vorhaben hat grosse räumliche Auswirkungen, insbesondere wenn es eine grosse Fläche beansprucht, die Bodennutzung, den Verkehr, die Besiedlung oder die Umwelt erheblich beeinflusst.

- Organisatorisch: Die Standortfestlegung erfordert einen hohen Abstimmungs- und Koordinationsbedarf, da viele Akteure mit unterschiedlichen Interessen betroffen sind.
- Politisch: Die Standortfestlegung ist neu und längerfristig angelegt, bindet erhebliche finanzielle Ressourcen und kann in ihren Auswirkungen nicht eindeutig eingeschätzt werden oder ist umstritten.

4.3 Strategie der Raumentwicklung: Raumkonzept Kanton Solothurn

In der Strategie der Raumentwicklung werden die wichtigsten Trends und Herausforderungen in den Bereichen Siedlung und Bevölkerung, Wirtschaft, Verkehr, natürliche Ressourcen sowie Zusammenarbeit und Koordination in funktionalen Räumen beschrieben.

Gestützt auf die Trends sowie Herausforderungen und abgestimmt auf den Legislaturplan 2009–2013 wurden übergeordnete Leitsätze für die kantonale Raumordnungspolitik formuliert:

Leitsatz 1: Der Kanton Solothurn wirkt auf eine nachhaltige Raumentwicklung hin.

Leitsatz 2: Der Kanton Solothurn stärkt seine Qualitäten im Innern.

Leitsatz 3: Der Kanton Solothurn gestaltet aktiv seine Beziehungen nach Aussen.

Aus den Leitsätzen wurden sechs Grundsätze (GS1 bis GS6) und zehn Handlungsstrategien (HS 1 bis HS 10) für die künftig anzustrebende Raumentwicklung festgelegt. Diese bilden die Grundlagen des Raumkonzeptes.

Aufgrund der Vielfalt der räumlichen Strukturen im Kanton Solothurn werden drei Handlungsräume gebildet. Es sind dies: urbaner Raum, agglomerationsgeprägter Raum und ländlicher Raum. Im urbanen Raum erfolgt die Hauptentwicklung des Kantons. Er ist der eigentliche Wirtschaftsmotor des Kantons. Er ist geprägt durch attraktive Zentrumsfunktionen, gut erschlossene Arbeitsplatzgebiete und Wohnstandorte von hoher Qualität. Die agglomerationsgeprägten Räume liegen zwischen oder nahe von urbanen Räumen. Hier sollen die Siedlungsqualität erhöht und gefördert sowie Naherholungsräume und wertvolle Landwirtschaftsflächen erhalten werden. Der ländliche Raum zeichnet sich vor allem durch seine naturräumliche Vielfalt, Eigenart und Schönheit seiner Landschaften aus. Die Handlungsräume berücksichtigen die heutigen Siedlungsstrukturen über die Gemeindegrenzen hinweg und erlauben, die Handlungsstrategien für die angestrebte Raumordnung räumlich differenziert umzusetzen.

Das Raumkonzept hilft mit, die Vorgaben des Bundes, zum haushälterischen Umgang mit dem Boden, zur geordneten Besiedlung und zum Schutz der Umwelt, umzusetzen und löst das Strukturkonzept '94 aus dem kantonalen Richtplan 2000 ab. Es bildet die Grundzüge der räumlichen Entwicklung des Kantons ab und wird in den neuen Richtplan integriert.

Der Regierungsrat nahm das Raumkonzept Kanton Solothurn am 3. Juli 2012 zur Kenntnis (RRB Nr. 2012/1522). Er hat die Leitsätze, Grundsätze und Handlungsstrategien als Grundlage für die Gesamtüberprüfung des Richtplans festgelegt.

Die Handlungsstrategien werden im Teil C des Richtplans konkretisiert und als behördenverbindliche Beschlüsse (Planungsgrundsätze und Planungsaufträge) aufgenommen.

4.4 Vergleich zum aktuellen Richtplan

Der bewährte Inhalt des aktuellen Richtplans 2000 wird beibehalten. Einzelne Kapitel und Beschlüsse wurden aktualisiert oder umformuliert. Im Anhang sind die Kapitel, welche bestehend und neu sind, synoptisch dargestellt.

Die Kapitel, welche neu in den Richtplan aufgenommen werden, sind hellgrau hinterlegt.

Kapitel, welche bereits bestehen aber vollständig neu konzipiert worden sind oder Kapitel mit neuen Beschlüssen, sind ebenfalls hellgrau hinterlegt.

Beschlüsse von laufenden Richtplananpassungen, sind mit dunkelgrauer Farbe hinterlegt.

Inhaltliche und sprachliche Änderungen in bestehenden Kapiteln, welche nicht Beschlüsse betreffen, werden im Richtplantext nicht speziell hervorgehoben.

5. Auswirkungen

5.1 Nachhaltigkeit

Mit der Gesamtüberprüfung des kantonalen Richtplans werden die Grundsätze der nachhaltigen Entwicklung berücksichtigt und konsequent weitergeführt.

Das Raumkonzept entspricht den langfristigen, strategischen Leitlinien zur Umsetzung einer nachhaltigen Raumentwicklungspolitik.

5.2 Personelle und finanzielle Konsequenzen

Der neue Richtplan führt die bestehenden Aufgaben und Tätigkeiten fort. Die neuen Aufgaben werden mit den bestehenden Strukturen und Verantwortlichkeiten umgesetzt. Der Richtplan hat somit keine unmittelbaren personellen und finanziellen Konsequenzen.

5.3 Folgen für die Gemeinden

Der Richtplan ist, wie bereits unter Kapitel 2.1 dargelegt, behördenverbindlich. Er verpflichtet demnach die Gemeinden, die Beschlüsse in ihrer Nutzungsplanung zu beachten und umzusetzen. Die Ansprüche an die Raumplanung sind gestiegen und werden weiterhin steigen. Die Vorgaben werden strenger. Die vorliegende Gesamtüberprüfung des Richtplans erfordert Überprüfungen und Änderungen der kommunalen Nutzungsplanungen. Die Gemeinden können diese mit ihren ordentlichen Revisionen durchführen. Eine zeitliche Vorgabe, welche eine vorgezogene Revision der Nutzungsplanungen erfordert, besteht nicht.

Das aktuelle raumplanerische Umfeld stellt auch die Gemeinden vor grosse Herausforderungen. In vielen Gemeinden wächst das Siedlungswachstum stärker als die Bevölkerung. Die Gemeinden müssen insbesondere die Entwicklung auf das bestehende Siedlungsgebiet ausrichten, das Verdichtungspotenzial ausschöpfen und der Baulandhortung entgegenwirken.

5.4 Auswirkungen auf die Beziehungen zum Bund und zu den Nachbarkantonen

Für den Bund und die Nachbarkantone wird der Richtplan erst mit der Genehmigung durch den Bundesrat verbindlich. Bundesstellen können über das Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) beim Regierungsrat die Einleitung eines Verfahrens zur Überprüfung und allenfalls Anpassung des kantonalen Richtplans verlangen. Nachbarkantone haben ein Antragsrecht, d.h. sie können den Regierungsrat um eine Richtplananpassung ersuchen.

5.5 Wirtschaftlichkeit

Der kantonale Richtplan ist das räumliche Koordinations- und Führungsinstrument des Regierungsrates. Er legt die künftige Besiedlung und Nutzung des Kantons Solothurn in den Grundzügen fest. Mit den behördenverbindlichen Planungsgrundsätzen und Planungsaufträgen soll die Besiedlung und Nutzung des Kantons Solothurn effizient und effektiv gesteuert werden. Dies trägt dazu bei, dass insbesondere auch Infrastrukturanlagen zweckmässig erstellt und langfristig finanzierbar erhalten werden können.

6. Antrag

Wir bitten Sie, auf die Vorlage einzutreten und dem nachfolgenden Beschlussesentwurf zuzustimmen.

Im Namen des Regierungsrates

Peter Gomm
Landammann

Andreas Eng
Staatschreiber

7. **Beschlussesentwurf**

Kantonaler Richtplan: Gesamtüberprüfung

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 73 der Kantonsverfassung vom 8. Juni 1986¹⁾ und § 64 des kantonalen Planungs- und Baugesetzes vom 3. Dezember 1978²⁾ sowie nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 11. Dezember 2012 (RRB Nr. 2012/2448), beschliesst:

Vom kantonalen Richtplan: Gesamtüberprüfung (Entwurf vom November 2012) wird Kenntnis genommen.

Im Namen des Kantonsrates

Präsident

Ratssekretär

Dieser Beschluss unterliegt nicht dem Referendum.

Verteiler KRB

Bau- und Justizdepartement
Amt für Raumplanung
Volkswirtschaftsdepartement
Parlamentscontroller
Parlamentsdienste

¹⁾ BGS 111.1.

²⁾ BGS 711.1.